

NIEDERSCHRIFT

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital		
Gremium:	Stadtrat		
Sitzung am:	6. Dezember 2018		
Sitzungsort:	Rathaus Potschappel		
Sitzungsbeginn:	18:15 Uhr	Sitzungsende:	21:50 Uhr

Die Sitzung setzte sich aus öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten zusammen.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen:

Zählkommission zu TOP 22:

Gabriele Kerger

Holger Leuschner

Zuhörer: 19

Herr Rumberg. begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er ändert die Tagesordnung dahingehend, dass er den TOP 11 (B 2018/071) auf den TOP 7 vorzieht, da ein Gast geladen ist, und den TOP 20 (B 2018/083) von der Tagesordnung nimmt, da noch Klärungsbedarf besteht.

Weitere Änderungen gibt es nicht. Somit ist die Tagesordnung in geänderter Form angenommen und die Nummerierung ändert sich entsprechend.

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft:	Große Kreisstadt Freital
Gremium:	Stadtrat
Sitzung am:	6. Dezember 2018

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit
2. Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung
3. Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 4. Oktober 2018
4. Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber
5. Vorstellung des Weißeritztalbahnmanagers
6. Informationen und Anfragen
7. (Vorlagen-Nr.: B 2018/071)
Beschluss zur Bestätigung des Lärmaktionsplanes (Stufe 3) der Großen Kreisstadt Freital in der Fassung vom 15. Oktober 2018
Gast: Herr Zahn, Spiekermann Ingenieure
8. (A 2018/008)
Antrag der AfD-Fraktion zur 3. Sitzung der Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen

(A 2018/009)
Antrag der AfD Fraktion zur Änderung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan im Zusammenhang mit Erhebung von Elternbeiträgen
9. (A 2018/010)
Antrag der CDU-Fraktion zu Untersuchungen für ein "Sicheres Freital"
10. (A 2018/011)
Antrag der CDU-Fraktion zur Namensgebung der Trasse der ehemaligen Windbergbahn in Freital-Kleinnaundorf

11. (Vorlagen-Nr.: B 2018/064)
6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Freital über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung)
12. (Vorlagen-Nr.: B 2018/073)
Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebs der Stadt Freital für das Wirtschaftsjahr 2019
13. (Vorlagen-Nr.: B 2018/074)
Beschluss zur Umsetzung der Baumaßnahme "Sanierung und Erweiterung der Oberschule Geschwister Scholl" in Freital-Hainsberg
14. (Vorlagen-Nr.: B 2018/075)
Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan "Einzelhandelsstandort Freital-Deuben"
15. (Vorlagen-Nr.: B 2018/076)
Wahl der Mitglieder des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019
16. (Vorlagen-Nr.: B 2018/077)
Neuerlass der Feuerwehrsatzung der Stadt Freital
17. (Vorlagen-Nr.: B 2018/078)
Bewerbung zum Tag der Sachsen im Jahr 2021
18. (Vorlagen-Nr.: B 2018/081)
Erteilung von Weisungen für die Verbandsversammlung am 13. Dezember 2018 des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe
19. (Vorlagen-Nr.: B 2018/082)
Verwendung der Zuweisungen nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen
20. (Vorlagen-Nr.: B 2018/070)
Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2019

Tagesordnungspunkt 1

Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung der Sitzung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Rumberg stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnungspunkt 2

Bürgerfragestunde gem. § 22 der Geschäftsordnung

Eine Bürgerin spricht im eigenen und im Namen vieler Genossenschafter der Freitaler Wohnungsgenossenschaft (Gewo). Anwohner des Wohnblocks Dresdner Straße 262 liegen im Streit mit der Freitaler Wohnungsgenossenschaft, weil die Grünfläche sowie 13 Garagen für Stellflächen und einem Spielplatz weichen sollen. Dafür wurden im Januar 2018 große Bäume gefällt, darunter zwei 25jährige Douglasien. 90 % der Anwohner lehnen diese Baumaßnahme ab und alle bisherigen Gespräche sind gescheitert. Mittlerweile werden von der Gewo weitere Gespräche abgelehnt. Die Betroffenen erwarten von Herrn Rumberg und den Stadträten eine offizielle Stellungnahme und dass die Bewilligung der Baumaßnahme zurückgezogen wird, bis der Konflikt im Interesse der Anwohner gelöst ist.

Herr Rumberg führt aus, dass es eine Entscheidung der Gewo, des Vorstandes und des Aufsichtsrates ist. Die für solche Baumaßnahmen notwendigen Genehmigungen wurden dafür auf Verwaltungsebene erteilt. Die Genossenschafter haben in einer Mitgliederversammlung eher noch die Möglichkeit, sich zur Thematik zu äußern. Mehr kann in dem konkreten Fall von Seiten der Verwaltung nicht getan werden, da es eine Sache des Eigentümers, der Gewo, ist.

Weitere Bürgeranfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 3

Beschluss über Einwendungen gegen die Niederschrift vom 4. Oktober 2018

Gegen die genannte Niederschrift liegen keine Einwendungen vor.

Tagesordnungspunkt 4

Information zum aktuellen Stand der Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber

Herr Pfitzenreiter informiert, dass derzeit 110 Asylbewerber dezentral (79 Männer, 14 Frauen, 17 Kinder) in Freital untergebracht sind.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Tagesordnungspunkt 5

Vorstellung des Weißeritztalbahnmanagers

Herr Rumberg begrüßt Herrn Bielig, Weißeritztalbahnmanager.

Herr Bielig geht näher auf die bisherige und noch kommende Vermarktung der Weißeritztalbahn ein. Ein Beispiel, ist die Planung eines großen Hinweisschildes zur Weißeritztalbahn an der Dresdner Straße in Höhe Hainsberger Bahnhof.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Tagesordnungspunkt 6

Informationen und Anfragen

Herr Rumberg informiert, dass folgende Anfragen schriftlich beantwortet wurden:

- von Herrn Dimter zur Altersstruktur der Stadt Freital,
- von Frau Dr. Darmstadt zur Zweckbindung der Fördermittel, bei einer möglichen Sanierung der Ballsäle Coßmannsdorf,
- der CDU-Fraktion zur Vorfahrtsregelung Kreuzung Pennricher Straße/Hohe Straße und
- der Fraktion Freie Wähler Freital zur Schaffung von Möglichkeiten zur Prävention gegen Mobbing an Freitaler Schulen.

Des Weiteren

- gibt es zum Antrag A 2018/006 der Fraktion DIE LINKE. bezüglich Ringverkehr/Einbahnstraßenregelung auf der Dresdner Straße eine Stellungnahme der Stadt Freital.
- liegt die Abrissgenehmigung für die ehemalige Lederfabrik vor. Momentan erfolgt die Erstellung von Leistungsverzeichnissen und das Objekt dient Tieren als Winterquartier, so dass voraussichtlich im Sommer 2019 mit dem Abriss begonnen wird.

Herr Gliemann informiert, dass der sachkundige Einwohner der Fraktion Freie Wähler Freital Thorsten Mager dem Sozial- und Kulturausschuss nicht mehr zur Verfügung steht und zurückgetreten ist. Aufgrund der am 26. Mai 2019 anstehenden Kommunalwahl wird von einer Nachbesetzung abgesehen.

Herr J. Müller erinnert an seine Anfrage aus dem Technischen und Umweltausschuss vom 27. November 2018 bezüglich der aufgestellten Poller auf der Windbergallee, wodurch keine Verbindung zur Rotkopf-Görg-Straße mehr gegeben ist.

Herr Schiller führt aus, dass die Poller aufgestellt wurden, um den Durchgangsverkehr/Schleichverkehr von der Burgker Straße zur Rotkopf-Görg-Straße über die Windbergallee zu unterbinden. Es gab Bedenken einiger Anlieger, die geprüft und als gerechtfertigt angesehen wurden. Diejenigen, die mit größeren Fahrzeugen in die Windbergallee müssen, wie z. B. die DREWAG, bekommen für die Poller einen Schlüssel. Die Verbindung von der Burgker Straße zur Rotkopf-Görg-Straße ist über die Otto-Dix-Straße gegeben.

Herr J. Müller legt dar, dass es im oberen Bereich der Rotkopf-Görg-Straße Unternehmen gibt, die seit dem Aufstellen der Poller auf der Windbergallee keine Wendemöglichkeit für größere Fahrzeuge mehr haben. Wenn die Poller stehen bleiben, sollte wenigstens die Einbahnstraßenregelung im unteren Teil der Rotkopf-Görg-Straße (Einmündung Otto-Dix-Straße) aufgehoben werden.

Herr Schiller äußert, dass der Verwaltung noch keine Beschwerden zum Aufstellen der Poller vorliegen.

Herr J. Müller legt dar, dass die Beschwerden aber bei ihm vorliegen.

Herr Rumberg wird die Thematik der Poller auf der Windbergallee noch einmal prüfen lassen.

Herr Rülke reicht im Namen der CDU-Fraktion folgende Anträge ein:

- Neuerlass der Hundepolizeiverordnung (A 2018/012)
- Schaffung öffentlicher Stellflächen in Freital-Zauckerode, Flurstücke 150/2, 134/4 sowie Teile des Flurstücks 133/3 (A2018/013)

Herr Mayer nimmt Bezug auf eine am 29. November 2018 in den Ballsälen Coßmannsdorf stattgefundene politische Veranstaltung und bittet um Auskunft zu den Vermietungskonditionen.

Weitere Informationen und Anfragen gibt es nicht.

Tagesordnungspunkt 7

B 2018/071

Beschluss zur Bestätigung des Lärmaktionsplanes (Stufe 3) der Großen Kreisstadt Freital in der Fassung vom 15. Oktober 2018

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss

am 27. November 2018

Herr Rumberg begrüßt als Gast Herrn Zahn von Spiekermann Ingenieure.

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Dr. Wasner begrüßt die Feststellung, dass auf der Tharandter Straße im Bereich Backofenfelsen/Südstraße 30 km/h sinnvoll sind.

Herr Mayer kann der Schlussfolgerung der Untersuchung, den Verkehr auf der Dresdner Straße um 50 % zu minimieren, um nennenswerte Lärminderungen zu erzielen, nicht nachvollziehen, weil dies eine reine Illusion ist. Ebenfalls kann die Reduzierung der Geschwindigkeit nachts auf 30 km/h auf der Dresdner Straße nicht nachvollzogen werden, was von Herrn Mayer als Gängelei am Bürger gesehen wird. Für eine Lärminderung müssen andere Alternativen gesucht werden, was in der Lärmaktionsplanung aber nicht stattfindet.

Herr Rumberg ist bewusst, dass nicht alle Interessen berücksichtigt werden können, denn das Leben in der Stadt muss weiterhin funktionieren. Aber der Mensch ist schützenswert und so muss immer mit Kompromisslösungen gelebt werden.

Herr Rülke kann nicht von Gängelei sprechen, wenn versucht wird, den Verkehr auf der Dresdner Straße zu reduzieren. Es ist eher eine Unterstützung für die Bürger, die entlang der Dresdner Straße wohnen und für Flora und Fauna. Es müssen auch Argumente gesammelt werden, um Fördermittelgeber zu überzeugen, dass eine Fortführung der Umgehungsstraße notwendig ist. Vielleicht ist die Lärmaktionsplanung eine Möglichkeit, Fördermittel einzuwerben.

Frau Ebert erklärt, dass sich auch der Ortschaftsrat Wurgwitz wiederholt mit Lärm- sowie Verkehrsbelastungen im Stadtteil Wurgwitz beschäftigt hat. Es sollte geprüft werden, die im Kreuzungsbereich Kesselsdorfer Straße/Pesterwitzer Straße vorhandenen 30 km/h fortzuführen. Des Weiteren sollten mehr Geschwindigkeitskontrollen vorgenommen werden.

Herr Wolframm verweist auf die Seite 24 der Lärmaktionsplanung, wo darauf hingewiesen wird, dass eine durchgehende Koordinierung der Lichtsignalanlagen von großer Bedeutung ist, weil damit unnötige Beschleunigungs- und Bremsvorgänge vermieden werden. Momentan sind die Lichtsignalanlagen katastrophal aufeinander abgestimmt.

Herr C. Meyer begrüßt ebenfalls den Hinweis, dass auf der Tharandter Straße im Bereich Backofenfelsen/Südstraße eine 30 km/h passend wäre. Positiv wird auch gesehen, dass der Bereich Turnergäßchen bis Einmündung Rabenauer Straße von der Geschwindigkeit her reduziert werden sollte, was so auch der Antrag A 2016/009 der Fraktion Bürger für Freital vorsieht. Eine Geschwindigkeitsreduzierung auf der Dresdner Straße ist angenehmer für die Mieter. Diejenigen, die durch Freital durchfahren müssen, müssen in der Geschwindigkeit begrenzt und diejenigen, die in Freital wohnen, müssen geschützt werden.

Herr Mayer befürwortet die Empfehlung zur Verbesserung des Verkehrsflusses. Dabei ist es egal, ob 30 km/h oder 50 km/h gefahren wird, denn solange keine Umgehungsstraße kommt, haben die Bürger den gleichen Lärm. Es ist eine Illusion zu sagen, mit weniger km/h sinkt der Lärm. Herr Mayer stellt richtig, dass es nicht darum geht, die Bürger dem Lärm auszusetzen, sondern sinnvolle Maßnahmen zu finden, diejenigen, die durch Freital durchfahren müssen, nicht unnötig zu behindern.

Herr Gliemann kann nicht von Gängelei gegenüber dem Bürger sprechen. Es geht um Verbesserungen in mehrfacher Hinsicht und um Lärmschutz.

Herr Rülke möchte wissen, ob sich bei einer Reduzierung von 50 km/h auf 30 km/h der Lärm reduzieren lässt.

Herr Zahn antwortet, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung eine Lärminderung mit sich bringt, aber nicht in dem Maße, dass es dann ruhig auf der Dresdner Straße ist. Verkehrsberuhigung muss durch eine ganze Reihe von Maßnahmen erzielt werden.

Herr Heger fragt, ob es richtig ist, dass durch eine langsamer gefahrene Geschwindigkeit der CO₂ Ausstoß des Fahrzeuges steigt.

Herr Zahn erläutert, dass auch das Profil der Straße eine Rolle spielt. An Steigungen besteht das Problem, dass in niedrigeren Gängen gefahren wird, wodurch der Lärm ansteigen kann. Die Dresdner Straße hingegen ist eine ebene Straße, wo dieser negative Effekt nicht auftritt. Er ergänzt, dass in der Lärmaktionsplanung ein Prüfungsauftrag formuliert ist. Es soll nicht grundsätzlich 30 km/h eingeführt werden, sondern geprüft werden, inwieweit es möglich ist.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 105/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital bestätigt den Lärmaktionsplan (Stufe 3) in der Fassung vom 15. Oktober 2018.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	25
Davon stimmberechtigt:	25
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	3
Stimmenthaltungen:	1

Tagesordnungspunkt 8**A 2018/008****Antrag der AfD-Fraktion zur 3. Satzung der Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen****A 2018/009****Antrag der AfD Fraktion zur Änderung von Haushaltssatzung und Haushaltsplan im Zusammenhang mit Erhebung von Elternbeiträgen**

Vorberatung im Bildungsausschuss

am 13. November 2018

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss

am 13. November 2018

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 29. November 2018

Herr Mayer erläutert die Sach- und Rechtslage des Antrages. Er passt den Antrag dahingehend an, dass die Änderungssatzung nicht zum 1. Januar 2019 sondern erst zum 1. März 2019 in Kraft treten soll. Nach Berechnungen des Amtes für Soziales, Schulen und Jugend liegen die Mindereinnahmen bei ca. 320.000 Euro.

Herrn Rülke fehlt trotz Aufforderung eine Deckungsquelle und er sieht den Antrag als politisches Wahlkampfmanöver mit dem Ziel, die anderen Stadtratsfraktionen familienunfreundlich dastehen zu lassen. Die Mindereinnahmen sind im Haushalt nicht darstellbar. Die Stadt Freital tut zum Beispiel mit ihren Nachlässen bei den Elternbeiträgen für mehrere Kinder bereits viel für Familien und das nicht nur bei städtischen Einrichtungen, sondern auch bei freien Trägern. Die Einrichtungen sind so gebaut bzw. saniert worden, dass der Energiebedarf sinkt, was wiederum Auswirkungen auf die Betriebskosten hat. Des Weiteren wird im Bund gerade über das sogenannte „Gute-Kitagesetz“ diskutiert, wo es um finanzielle Unterstützung zur Beitragsstabilität bzw. Beitragssenkung geht. Die CDU-Fraktion möchte, dass Freital eine familien- und kinderfreundliche Stadt ist, aber es muss für die Stadt bezahlbar bleiben, was bei dem Antrag A 2018/008 nicht der Fall ist. Daher wird die CDU-Fraktion den Antrag mehrheitlich ablehnen.

Herr Gliemann bemerkt, dass die Fraktion Freie Wähler Freital ebenfalls für die Senkung bzw. Abschaffung der Kitabeiträge ist. In der Haushaltsklausur ist jedoch deutlich gemacht worden, dass dies im Moment finanziell nicht darstellbar ist und daher darüber auch nicht diskutiert werden muss. Dennoch ist Freital eine familienfreundliche Stadt.

Herr C. Meyer äußert, dass die Begründung im 1. Abschnitt des Antrages sicher jeder Stadtrat nachvollziehen kann. Die Aussagen im 2. Abschnitt sind nicht korrekt und können nur zu einer Ablehnung des Antrages führen. Aus Sicht von Herrn C. Meyer beruht der Antrag auf Empfindungen, dass die Kitabeiträge zu hoch sind. In diesem Jahr gab es sachsenweit eine Befragung von ca. 40.000 Eltern, in dessen Ergebnis sie sich eine Qualitätsverbesserung wünschen. Hinzukommen die momentanen Diskussionen auf Bundesebene zum Kitagesetz, die eine Entlastung anstreben. Als Leiter eines freien Trägers appelliert er daran, die Familien eher darin zu unterstützen, was die Verpflegungskosten betrifft. Denn es gibt viele Familien denen es schwer fällt, das Verpflegungsgeld für ihre Kinder zu bezahlen.

Herr Brandau fordert das Land Sachsen auf, die Kitabeiträge der Eltern komplett zu übernehmen, wie es zum Beispiel schon in Berlin, Hessen, Bremen und Rheinland Pfalz getan wird. Er schlägt vor, den Antrag A 2018/008 auf zwei Jahre zu befristen und dann zu schauen, was noch machbar ist. Er wird dem Antrag zustimmen, da er ihn als Imagegewinn für die Stadt Freital sieht.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	25
Davon stimmberechtigt:	25
Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	20
Stimmenthaltungen:	1

Beschluss Nr.: 106/2018

**Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital lehnt folgenden Beschlussvorschlag ab:
Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen und weiteren Abgaben für die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege der Großen Kreisstadt Freital zum 1. März 2019.**

Herr Rumberg fragt Herrn Mayer, da der Antrag A 2018/008 abgelehnt ist, ob damit auch der Antrag A 2018/009 hinfällig ist.

Herr Mayer bejaht.

Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

Tagesordnungspunkt 9	A 2018/010
Antrag der CDU-Fraktion zu Untersuchungen für ein "Sicheres Freital"	

Herr Rülke erläutert den Antrag.

Herr C. Meyer möchte wissen, was konkret unter dem Punkt 3 des Beschlussvorschlages zu verstehen ist.

Herr Rülke antwortet, dass dies tatsächlich von den Erkenntnissen im Punkt 1 und 2 abhängig ist. Im Zweifel kann es bedeuten, im Bereich des Ordnungsdienstes zusätzlich Mitarbeiter einzustellen bzw. Strukturen zu verstärken.

Herr C. Meyer regt an, die AG (vermutlich AG Gewaltprävention/Kriminalpräventiver Rat) Ordnung und Sicherheit wieder aufleben zu lassen, um zu schauen wie die Lage in Freital wirklich ist. Wenn sich der Antrag A 2018/010 bestätigt, dann sollte gehandelt werden. Für einen Antrag muss der Punkt 3 näher definiert werden, daher sollte vielleicht eher eine Anfrage daraus formuliert werden.

Herr Rülke wird keine Anfrage daraus machen, zum einen da er den Auftrag hat, den Antrag einzureichen, und zum anderen, weil er davon überzeugt ist, dass er richtig ist. Er ergänzt jedoch den Punkt 3 des Beschlussvorschlages dahingehend, dass er nach dem Wort „ergeben,“ das Wort „gegebenenfalls“ einfügt.

Herr Heger möchte wissen, ob schon einmal Kontakt zur Polizei aufgenommen wurde.

Herr Rülke antwortet, dass er als CDU-Mitglied bzw. CDU-Fraktion noch keinen Kontakt zur Polizei aufgenommen hat, da dafür am Ende die Stadt Freital mit verantwortlich ist.

Herr Mayer erinnert, dass die damalige AG festgestellt hat, dass die vorhandenen Probleme in der Kriminalität nicht allein zu lösen sind, sondern es Probleme in der Gesetzeslage gibt, wo von Seiten der AG nicht viel unternommen werden kann. Mit dem jetzt vorliegenden Antrag werden die Themen zwar wieder aufgegriffen, aber an der Kriminalität und dem Sicherheitsgefühl der Bürger wird sich nichts ändern. Die AfD-Fraktion wird dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Rumberg spricht sich für die Kriminalprävention aus, um es nicht erst so schlimm werden zu lassen wie in Großstädten. Er versichert, dass die Stadt Freital bzw. das Ordnungsamt der Stadt Freital im ständigen Kontakt mit der Polizei steht.

Herr Gliemann möchte wissen, welche finanziellen Auswirkungen es durch den Antrag gibt.

Herr Rülke antwortet, dass es aus dem Antrag selbst keine finanziellen Auswirkungen gibt. Ziel ist es, Fördermittel, die der Freistatt bereitstellt, zu generieren.

Herr Brandau sieht in dem Antrag die Möglichkeit, Bürger zu sensibilisieren, was alle für ein sicheres Freital tun können.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 107/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister:

- 1. die Sicherheitslage von Freital umfassend zu analysieren und Handlungsfelder zu bestimmen.**
- 2. einen kommunalen Kriminalpräventionsrat einzusetzen, der präventive Maßnahmen erarbeitet und über deren Umsetzung wacht.**
- 3. aufbauend auf den Erkenntnissen, die sich aus den Nr. 1 und 2 ergeben, gegebenenfalls den Ordnungsdienst der Stadt auszubauen und zu stärken sowie**
- 4. die Zusammenarbeit mit der Sächsischen Polizei zu verstärken und die zur Verfügung stehenden Fördermittel für die kommunale Kriminalprävention beim Freistaat einzuwerben.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	25
Davon stimmberechtigt:	25
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	5

Tagesordnungspunkt 10**A 2018/011****Antrag der CDU-Fraktion zur Namensgebung der Trasse der ehemaligen Windbergbahn in Freital-Kleinnaundorf**

Vorberatung im Ortschaftsrat Kleinnaundorf am 12. November 2018
Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss am 27. November 2018
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 29. November 2018

Frau Kummer verlässt den Saal. Somit sind 24 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rülke geht kurz auf den Antrag ein.

Herr Mayer äußert im Namen der AfD-Fraktion, dass sie der Vorlage zustimmen.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 108/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, dem Rad- und Wanderweg der ehemaligen Windbergbahn in Freital-Kleinnaundorf zwischen dem Abzweig „An der Semmeringbahn“ bis Ende der Gemarkung Kleinnaundorf den Namen „Guido-Brescius-Weg“ zu geben.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Tagesordnungspunkt 11**B 2018/064****6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Freital über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit (Entschädigungssatzung)**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss am 29. November 2018

Herr Weichlein erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 109/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Freital über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit gemäß dem in der Anlage beigefügten Entwurf.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	23
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Tagesordnungspunkt 12**B 2018/073****Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebs der Stadt Freital für das Wirtschaftsjahr 2019**

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 29. November 2018

Herr Hartig erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Frau Kummer kommt wieder in den Saal. Somit sind 25 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Mayer bedankt sich für die Transparenz, in welche Straßen mit welchen Maßnahmen investiert wurde. Die Kreditherkunft zeigt, dass die niedrige Zinsphase nicht für die Ewigkeit ist und daher aufgepasst werden sollte, keine unnötigen Kredite aufzunehmen.

Frau Ebert dankt dem Abwasserbetrieb für seine Arbeit und die reibungslose Umstellung auf das neue Abrechnungsmodell im letzten Jahr.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung

Beschluss-Nr.: 110/2018

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Wirtschaftsplan des Abwasserbetriebs der Stadt Freital für das Wirtschaftsjahr 2019.**
- 2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, Umschuldungen von Krediten vorzunehmen und dem Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital die jeweiligen Darlehensgeber und -konditionen mitzuteilen.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	25
Davon stimmberechtigt:	25
Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 13**B 2018/074****Beschluss zur Umsetzung der Baumaßnahme "Sanierung und Erweiterung der Oberschule Geschwister Scholl" in Freital-Hainsberg**

Vorberatung im Bildungsausschuss

am 13. November 2018

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss

am 27. November 2018

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 29. November 2018

Herr Pfitzenreiter und Frau Helbig gehen auf die Sach- und Rechtslage der Vorlage sowie den geänderten Beschlussvorschlag vom 22. November 2018 ein.

Herr Rülke spricht sich für die Vorlage aus, damit dann auch die letzte noch nicht sanierte Schule saniert werden kann. Die Kosten zeigen, wenn der Antrag A 2018/008 (TOP 8) angenommen worden wäre, es finanziell an der Oberschule Geschwister-Scholl hätte eng werden können.

Herr Mayer spricht sich ebenfalls für die Vorlage und damit für die Sanierung der Schule aus. Bezüglich der Kosten hat er Vertrauen in die Verwaltung, nach kostengünstigeren Varianten zu schauen.

Herr Mumme verlässt die Sitzung. Somit sind 24 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Brandau unterstützt die Maßnahme, bittet jedoch, die Vorderfront ansprechender zu gestalten, da es sich um ein Gebäude aus der Spätgründerzeit handelt.

Herr Heinzmann stimmt im Namen der Fraktion DIE LINKE. der Vorlage zu.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 111/2018

- 1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die weiterführende Planung sowie die bauliche Umsetzung des Gesamtprojektes „Sanierung und Erweiterung der Oberschule Geschwister-Scholl“ in Freital-Hainsberg bei gleichzeitiger Auslagerung des gesamten Schulbetriebes.**
- 2. Die bauliche Umsetzung des Vorhabens steht unter dem Vorbehalt des wirksamen Erlasses der Haushaltssatzung 2019 sowie der Bewilligung der Zuwendungen aus den jeweiligen Förderprogrammen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine wirtschaftlichere Variante für die Auslagerung zu prüfen und eine Entscheidung gemeinsam mit der Schule zu treffen.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 14

B 2018/075

Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan "Einzelhandelsstandort Freital-Deuben"

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss

am 27. November 2018

Frau Schattanek erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Brandau fragt, ob es sich bei dem Investor um die B. Schaefer GmbH handelt.

Frau Schattanek bejaht.

Herr C. Meyer möchte wissen, ob er richtig in der Annahme geht, dass das neue Gebäude größer als das jetzige wird.

Herr Schautz antwortet, dass die bauliche Anlage geringfügig größer wird. Der Parkplatz zur Dresdner Straße hin bleibt erhalten und Aldi hat im rückwärtigen Bereich Grundstücke erworben, um in Abstimmung mit dem Edelstahlwerk Stellflächen zu schaffen.

Herr C. Meyer erinnert, als die Vorlage B 2017/061 behandelt wurde, wurde angeregt, das Gebäude mehr zur Dresdner Straße hin zu ziehen und die Stellflächen dahinter neu zu errichten, was städtebaulich besser wäre. Wenn alles so bleibt wie bisher, ändert sich nichts zum Sichtfeld auf den großen Giebel von Rewe.

Herr Schautz legt dar, dass der Standort Rewe momentan unberührt bleibt. Rewe ist ein eigenständiges Grundstück und insofern steht die Verlagerung des Parkplatzes nicht zur Diskussion.

Herr Tschirner möchte wissen, wann Aldi mit der Maßnahme beginnt.

Herrn Schautz ist kein Zeitraum bekannt, geht aber davon aus, dass die Maßnahme zeitnah umgesetzt wird.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 112/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt:

- 1. Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Einzelhandelsstandort Freital-Deuben“ Vorlagen-Nr. B 2017/061 vom 7. Dezember 2017, Beschluss-Nr. : 094/2017 wird aufgehoben.**
- 2. Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses ist ortsüblich bekannt zu machen.**

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 15

B 2018/076

Wahl der Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses für die Kommunalwahlen am 26. Mai 2019

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 29. November 2018

Herr Rülke informiert, dass die CDU-Fraktion einen dritten Beisitzer nachgemeldet hat und bittet, diesen mit zu berücksichtigen.

Herr Weichlein erklärt, dass der Beschlussvorschlag entsprechend geändert wird. Er fügt hinzu, dass die beiden Beschlusspunkte getrennt abgestimmt werden, wobei der Punkt 2 im Block abgestimmt werden kann, wenn es keinen Widerspruch gibt.

Herr H. Leuschner führt aus, dass es für zwei Beisitzer einen Stellvertreter gibt und für den dritten keinen, so dass der Punkt 1 des Beschlussvorschlages exakter umformuliert werden sollte.

Herr Weichlein hält es für unproblematisch den Punkt 1 lediglich mit der Änderung zu fassen, dass das Wort „zwei“ in „drei“ geändert wird. Dabei ist die Stellvertreterstelle des 3. Beisitzers einfach nicht besetzt.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung des geänderten Beschlusspunktes 1.

Beschluss-Nr.: 113/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt den Vorsitzenden und drei Beisitzer in den Gemeindevwahlausschuss zu wählen. Für den Vorsitzenden und die Beisitzer ist jeweils ein Stellvertreter zu wählen.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Herr Rumberg fragt, ob es Einwände gibt, den Beschlusspunkt 2 im Block abzustimmen.

Da es keine Einwände gibt, folgt die Abstimmung des geänderten Beschlusspunktes 2.

Beschluss-Nr.: 114/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital wählt die Mitglieder des Gemeindevwahlausschusses entsprechend dem Wahlvorschlag der Anlage 1 mit Stand 6. Dezember 2018.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 16	B 2018/077
Neuerlass der Feuerwehrsatzung der Stadt Freital	

Vorberatung im Technischen und Umweltausschuss
Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 27. November 2018
am 29. November 2018

Herr Glöß erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Da kein Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 115/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt die Feuerwehrsatzung der Stadt Freital gemäß dem in der Anlage beigefügten Satzungstext.

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	24
Davon stimmberechtigt:	24
Ja-Stimmen:	24
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 17

B 2018/078

Bewerbung zum Tag der Sachsen im Jahr 2021

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss

am 13. November 2018

Herr Pfitzenreiter erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Frau Reis geht anhand einer Präsentation auf die Bewerbung zum „Tag der Sachsen“ 2021 ein.

Frau Kummer verlässt die Sitzung. Somit sind 23 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg bedankt sich bei allen, die bis jetzt an dem Projekt „Tag der Sachsen“ mitgearbeitet haben.

Herr Heinzmann stimmt im Namen der Fraktion DIE LINKE. der Vorlage zu.

Herr Mayer unterstützt im Namen der AfD-Fraktion die Vorlage, da solche Feste die Identität der Bürger mit ihrer Stadt stärken und den Zusammenhalt fördern. Er bittet jedoch, den Stadtrat zukünftig intensiver einzubinden. Des Weiteren sollte es einen Plan B geben, was passiert, wenn das Wetter an dem Wochenende des „Tag der Sachsen“ nicht so schön ist und somit weniger Besucher kommen, was sich wiederum auf die Finanzen auswirken wird.

Herr Mahoche verlässt die Sitzung. Somit sind 22 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Rumberg legt dar, dass freiwillige Leistungen immer eine politische Entscheidung sind, vor allem was die finanzielle Seite betrifft. So große Veranstaltungen kann man nicht immer machen, aber bei einem Ereignis wie 100 Jahre Freital ist so etwas möglich.

Herr Gliemann bemerkt, dass die Fraktion Freie Wähler Freital den „Tag der Sachsen“ im Rahmen der 100-Jahrfeier befürworten. Er erinnert jedoch, dass es auch schon die Idee gab, die Landesgartenschau nach Freital zu holen. Die dort in Erwägung gezogenen Maßnahmen könnten eventuell zum „Tag der Sachsen“ mit in Betracht gezogen werden.

Herr Rülke glaubt, dass der „Tag der Sachsen“ in Kombination mit dem 100jährigen Stadtjubiläum funktionieren und das durchaus gute Image, was Freital schon hat, weiter nach außen präsentieren kann. Selbst ohne den „Tag der Sachsen“ müssten für ein 100jähriges Jubiläum verschiedene Investitionen durchgeführt werden, wo es jetzt die Möglichkeit gibt, diese gefördert zu bekommen, wenn der „Tag der Sachsen“ in Freital stattfindet.

Herr Brandau sieht es als wirtschaftliche Investition in die Zukunft. Neben einer Imageverbesserung fördert es den Zusammenhalt der Bürger, Vereine usw. Dies waren alles Intentionen, als er vor sechs/sieben Jahren die Thematik „Tag der Sachsen“ angeschoben hat. Er regt an, auch in anderen Bundesländern nach Ideen zu schauen, wie sie ihren Ländertag feiern.

Herr Dr. Wasner bedankt sich bei allen die sich bisher zum „Tag der Sachsen“ eingebracht haben. Es ist eine Grundstruktur vorhanden auf der weiter aufgebaut werden kann. Zum 100jährigen Jubiläum ist es notwendig zu demonstrieren, dass Freital eins ist und kein zusammengewürfelter Haufen von mehreren Stadtteilen, wie es teilweise rüberkommt.

Herr Wolframm stimmt der Vorlage zu, da der „Tag der Sachsen“ im Rahmen der 100-Jahrfeier Sinn macht.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 116/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beauftragt den Oberbürgermeister, die Bewerbung der Großen Kreisstadt Freital als Ausrichter des 30. „Tag der Sachsen 2021“ beim Kuratorium „Tag der Sachsen“ einzureichen.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	22
Davon stimmberechtigt:	22
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	2
Stimmenthaltungen:	0

Tagesordnungspunkt 18

B 2018/081

Erteilung von Weisungen für die Verbandsversammlung am 13. Dezember 2018 des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 29. November 2018

Herr Böhme erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage. Er nimmt Bezug auf die Anfrage von Frau Ebert im Finanz- und Verwaltungsausschuss, ob eine Überhangmaßnahme aus dem Jahr 2017 Freital Wurgwitz, Braunsdorfer Straße im Zusammenhang mit der Nichtsanierung der Oberhermsdorfer Straße gesehen werden muss. Herr Böhme bejaht. Die Rohrauswechslung erfolgt erst, wenn die Oberhermsdorfer Straße saniert wurde.

Herr Mayer begrüßt, dass es keine Nettoneuverschuldung gibt und dankt dem Oberbürgermeister als Verbandsvorsitzenden, dass er dies erreicht hat. Im Finanzplan steht ein Jahresgewinn von Null und ein Jahresverlust von Minus 297.000,00 Euro. Minus mal Minus ergibt Plus und er bittet, dies bis zur Verbandsversammlung zu klären. Die AfD-Fraktion wird erstmalig der Thematik zustimmen, eben weil es keine Nettoneuverschuldung gibt.

Herr Böhme bemerkt, dass die Wasserversorgung Weißeritzgruppe 2019 mit einem voraussichtlichen Jahresfehlbetrag von 297.000,00 Euro plant, wofür die Rückstellung zur Kostenüberdeckung als Ausgleich genommen wird. Die Jahresfehlbeträge werden bis 2023 auch ansteigen, weil eben die Wasserpreise konstant gehalten werden, die Umsatzerlöse somit gleich bleiben, es aber Kostensteigerungen gibt.

Herr Rülke bedankt sich ebenfalls bei dem Oberbürgermeister als Verbandsvorsitzenden, dass es erstmalig gelungen ist, keine Nettoneuverschuldung aufzunehmen.

Herr Rumberg bemerkt, dass auch bei dieser Entscheidung die oberste Priorität ist, alle Einwohner im gesamten Versorgungsgebiet der Wasserversorgung Weißeritzgruppe ausreichend und mit entsprechender Qualität mit Trinkwasser zu versorgen.

Herr Dimter fragt, ob der Wasserpreis bis 2023 stabil bleibt.

Herr Rumberg bejaht.

Herr Dr. Wasner äußert, dass neben einem stabilen Wasserpreis die zukunftsichere Wasserversorgung viel wichtiger ist.

Herr Brandau sieht die Wassergemeinschaft als zukunftsicher an. Es wird zukunftsicher gearbeitet und das Wasser muss für den Verbraucher bezahlbar bleiben und die Kredite müssen bedient werden können.

Herr Rumberg bedankt sich bei den Mitarbeitern der Wasserversorgung Weißeritzgruppe für die über Jahre geleistete Arbeit.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht. Es folgt die Abstimmung.

Beschluss-Nr.: 117/2018

Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital erteilt seinen Vertretern in der Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe folgende Weisung:

- **Den Beschlussvorlagen Nr. 1 und 2 aus der Einladung für die Verbandsversammlung des Trinkwasserzweckverbandes Weißeritzgruppe am 13. Dezember 2018 ist von den Vertretern zuzustimmen.**

Abstimmungsergebnis	
Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	22
Davon stimmberechtigt:	22
Ja-Stimmen:	22
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	0

Verwendung der Zuweisungen nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen

Vorberatung im Sozial- und Kulturausschuss

am 13. November 2018

Vorberatung im Finanz- und Verwaltungsausschuss

am 29. November 2018

Frau Frost verlässt die Sitzung. Somit sind 21 Stimmberechtigte anwesend.

Herr Pfitzenreiter erläutert die Sach- und Rechtslage der Vorlage.

Herr Rülke begrüßt die Vorlage, vor allem dass die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr sowie Vereine unterstützt werden. Dennoch darf mit Blick auf die Zuschüsse für die Entgelte für die Nutzung der Landkreisturnhallen durch Vereine nicht aus dem Auge verloren werden, dass die Mittel des Freistaates nur für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen. Wenn diese wegfallen, muss geschaut werden, wie es weiter geht, wenn die Nutzungsentgelte für die Vereine so hoch sind.

Herr Heinzmann stellt den Antrag, die Summen der Positionen „Projekt zur Förderung von Vereinsmitgliedschaften“ und „Ehrenamtsfonds Oberbürgermeister“ zu tauschen.

Da es zum Antrag keine Wortmeldungen gibt, bringt Herr Rumberg diesen zur Abstimmung.

Da der Antrag mehrheitlich angenommen wird, werden die Positionen „Projekt zur Förderung von Vereinsmitgliedschaften“ und „Ehrenamtsfonds Oberbürgermeister“ getauscht und der Beschlussvorschlag entsprechend geändert.

Da kein weiterer Diskussionsbedarf besteht, folgt die Abstimmung über den geänderten Beschlussvorschlag.

Beschluss-Nr.: 118/2018

1. Der Stadtrat der Großen Kreisstadt Freital beschließt, die pauschale Zuweisung nach dem Gesetz über die Gewährung pauschaler Zuweisungen zur Stärkung des ländlichen Raumes im Freistaat Sachsen für das Jahr 2018 in Höhe von 70.000,00 Euro für die in der Anlage vom 7. November 2018 aufgeführten Zwecke zu verwenden einschließlich der Änderung, die Summen „Projekt zur Förderung von Vereinsmitgliedschaften“ und „Ehrenamtsfonds Oberbürgermeister“ zu tauschen.
2. Über den Abruf und die Verwendung ist der Sozial- und Kulturausschuss quartalsweise zu informieren.

Abstimmungsergebnis

Zahl der Gremiumsmitglieder:	35
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	21
Davon stimmberechtigt:	21
Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Stimmenthaltungen:	1

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Großen Kreisstadt Freital für das Haushaltsjahr 2019

Herr Funk geht näher auf den Entwurf des Haushaltes 2019 und dessen Eckdaten ein.

Herr Mayer nimmt Bezug auf den Personalschlüssel, welcher in der Kernverwaltung mit 3,51 Vollzeitäquivalente angegeben ist, der Richtwert in Klammer jedoch bei 2,4 liegt. Des Weiteren wünscht sich Herr Mayer, zusätzlich zwei mobile Geschwindigkeitsanzeigetafeln anzuschaffen und bittet Herrn Rumberg seine Zusage aus dem Finanz- und Verwaltungsausschuss zu wiederholen.

Herr Funk legt zum Personalschlüssel dar, dass es nur einen Richtwert für Kommunen bis 20.000 Einwohner gibt.

Herr Rumberg sieht die Mittel für die mobilen Geschwindigkeitsanzeigetafeln nicht als Problem und diese hat er auch zugesichert. Probleme sieht er eher darin, das Personal für die Montierung sowie Wartung der Anlagen vorzuweisen. Hinzukommt das Auslesen der gesammelten Daten.

Herr Mayer informiert, dass es mit 300,00 Euro Mehrausgaben solarbetriebene Anlagen gibt. Es gibt ausreichend Stellen vor Kindertageseinrichtungen, wo es empfehlenswert ist, für zwei Monate so eine Anlage aufzustellen.

Herr Käfer bittet, da er am 10. Dezember 2018 Ortschaftsratssitzung hat, ihm eine Liste zu den Straßeninvestitionen zukommen zu lassen.

Herr Schiller legt dar, dass es keine neue Liste zu Straßeninvestitionen gibt, so dass die zum Haushalt 2018 noch aktuell ist.

Frau Ebert bittet im Namen des Ortschaftsrates Wurgwitz, an den Planungen für den Ausbau der Oberhermsdorfer Straße festzuhalten, um dann auch die Wasserleitungen der Braundsdorfer Straße erneuern zu können.

Herr Rülke nimmt Bezug auf die Antwort seiner Anfrage zur Verwendung der Mittel für die Suchtprävention (F 2018/058), da diese nicht vollständig ausgeschöpft wurden. Die stattgefundenen Projekte sind sicherlich gut, dennoch gibt Herr Rülke zu bedenken, dass das Thema „Suchtprävention“ nicht zu unterschätzen ist. Er verzichtet auf einen Änderungsantrag zum Haushalt und hofft, dass mit dem heute beschlossenen Antrag A 2018/10 weiter etwas in die Richtung Suchtprävention unternommen wird.

Herr Pfitzenreiter bemerkt, dass im Sozial- und Kulturausschuss über die Mittelverwendung „Suchtprävention“ gesprochen wurde. Die nicht im Jahr 2018 verwendeten Mittel werden in das Jahr 2019 übertragen.

Weiterer Diskussionsbedarf besteht nicht.

Herr Rumberg beendet den öffentlichen Teil und stellt die Nichtöffentlichkeit her.